



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Handelspolitik im Jahre 1901 : (Fortsetzung)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Handelspolitik im Jahre 1901

(Fortsetzung)



chon als die Grenzboten 1897 die erste Flottenvorlage befürworteten, haben sie die Anschauung vertreten, daß Deutschland mehr als irgend ein andres großes Kulturland der Welt an der Wiedererstarkung freihändlerischer Grundsätze im Weltverkehr interessiert sei und deshalb darauf hinarbeiten müsse.\*) Dazu sei eine starke Flotte unumgänglich nötig. Je kräftiger es an die Erfüllung dieser Mission herangehe, um so sicherer würde es seine nationale Existenz vor und in den Gefahren bewahren, die mit der Notwendigkeit verbunden sein würden, daß es in einem Weltkriege die Rolle des Eroberers gegen die Weltmächte, vielleicht gegen alle Welt zu spielen habe. Das müsse das große leitende Programm in der Handelsvertrags- wie in der Flottenpolitik der nächsten Zukunft werden. Alle Einzelmaßnahmen hätten sich ihm anzupassen. Aber auch ein Zollkrieg, sogar Einfuhrverbote könnten ihm dienstbar werden, und selbstverständlich müsse auf die wichtigen Wirtschaftszweige, die jetzt wirklich schutzbedürftig wären, auch wenn die bisherige Schutzzollpolitik daran mit schuld sei, gebührend Rücksicht genommen werden. Die Parole sei: „Ein starkes Deutsches Reich und eine starke deutsche Flotte die Vormacht gefunden Freihandels im Weltverkehr!“ Diesen Anschauungen entsprach es, wenn wir die Weltpolitik, wie sie Graf Bülow bei der zweiten Flottenvorlage in der Reichstagsitzung vom 11. Dezember 1899 als Aufgabe des Reichs darlegte, diese friedliche Politik des „größern Deutschlands“ freudig begrüßten, und wenn wir heute für das Festhalten an der von Preußen, vom Zollverein und vom Reich seit achtzig Jahren verfolgten Handelsvertragspolitik grundsätzlich eintreten, die 1879 zwar thatsächlich unterbrochen aber als Ziel nicht

\*) S. 45 vom 11. November 1897. Artikel: „Handelsverträge und Flottenfrage.“

aufgegeben war und in den neunziger Jahren erfolgreich wieder aufgenommen worden ist. Klar war uns dabei von vornherein der Zwiespalt zwischen dieser Weltpolitik des Deutschen Reichs und der handelspolitischen Isolierung im Sinne der agrarischen Bestrebungen, die die innere politische Lage vorwiegend beeinflussen. Ihnen ist die Politik des größern Deutschlands, von der jetzt überhaupt die Rede sein kann, in jeder Form zuwider: ebenso in der Form friedlicher Ausdehnung und Sicherung unsrer Erwerbsphäre im Ausland, wie in der Form einer wirtschaftlich wirkungsvollen Eroberungspolitik. Anatolien und Argentinien als Kornkammern im politischen Besitz des Deutschen Reichs scheinen für sie der schrecklichste der Schrecken zu sein, und ob die Baumwolle, die wir brauchen, in deutschen oder fremden Kolonien wächst, scheint ihnen höchst gleichgiltig zu sein. Nur die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands soll auf dem deutschen Markte möglichst konkurrenzlos werden und bleiben. Wir halten diese Politik für falsch, denn das nationale Interesse verlangt gebieterisch die Erweiterung unsrer Erwerbsphäre. Dazu kommt das friedliche Mittel der Handelsvertragspolitik zuerst in Betracht. Die *ultima ratio regum* ist eben *ultima ratio*. Die agrarischen Absperrungsgelüste stören den Abschluß von Handelsverträgen, wie wir sie brauchen, und wollen ihn stören. Vor allem durch hohe Minimalsätze im Generaltarif. Dadurch wird der deutschen Landwirtschaft auf die Dauer nicht geholfen, vielleicht sogar geschadet werden, weil die Güterpreise noch mehr nur zu „fiktiven“ Werten werden, und die hohen Zölle, die sie künstlich halten und treiben sollen, wohl doch über kurz oder lang fallen müssen. Bei aller Anerkennung der großen politischen und sozialen Bedeutung, die die Landwirtschaft für die Nation hat, und der Berechtigung genügender Notstandszölle für sie glauben wir deshalb, daß die agrarischen Absperrungsabsichten dem Gemeinwohl widersprechen, und daß das Übergewicht des agrarischen Einflusses in den Parlamenten und in gewissen Regierungskreisen beklagt werden muß. Die verantwortlichen Leiter der Reichspolitik müssen den irrigen Anschauungen der deutschen Landwirte fest entgegenreten, nur dadurch können unsre ungesunden Parteiverhältnisse geheilt werden. Je mehr man wünschen muß, daß den deutschen Landwirten ihr politischer Einfluß erhalten wird, um so dringender ist es geboten, die falschen agrarischen Parteitendenzen zu bekämpfen. Dazu gehört aber ebenso sehr offene, unbeugsame und unnahbare Festigkeit wie weise Mäßigung und Geduld. Für die Weltpolitik, zu der wir gezwungen sind, braucht die Regierung eine zuverlässige, verständnisvolle Mehrheit im Reichstag und im Volke. Die hat sie jetzt nicht, und ohne die Landwirte kann sie sie nun einmal auch in absehbarer Zeit nicht bekommen. Das sollte man bei der Beurteilung des Verhaltens des Grafen Bülow in den gegenwärtigen handelspolitischen Fragen weit mehr berücksichtigen, als es leider in den der Handelsvertragspolitik geneigten gebildeten Kreisen meist geschieht.

Die neue Kanalvorlage hat den Reichskanzler veranlaßt, am 9. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus als preußischer Ministerpräsident einige

gleichsam programmatische wirtschaftspolitische Gedanken auszusprechen, die natürlich im Hinblick auf die Handels- und die Zollpolitik der nächsten Zukunft von den Parteien eifrig besprochen worden sind. Wenn man aus seinen Worten auf ein förmliches Kompromiß der Regierung mit der agrarischen Mehrheit im Landtag und im Reichstag hat schließen wollen, wonach sich die Agrarier, die die erste Kanalvorlage abgelehnt hatten, verpflichtet hätten, die zweite anzunehmen und dafür die gewünschte Agrarzollerhöhung zugesichert erhalten hätten, so war das nach dem ganzen Stande der Zolltariffrage voreilig. Auch die Erklärung, die Graf Bülow namens der Staatsregierung am 25. Januar abgegeben hat, ist nicht dahin auszulegen. Sie enthielt überhaupt nichts neues. Aber es entspricht doch auch nicht der Wahrheit, wenn auf der andern Seite jede Verstärkung der agrarischen Position in der Zollfrage durch die Kanalvorlage und die Absicht, sie gehörig auszunutzen, bestritten wird. Wer den Verlauf der ersten Kanal- und der letzten Flottenkampagne verfolgt hat, kann nicht im Zweifel darüber sein. Die agrarische Wählerschaft, und das ist die Mehrheit der Wähler, die wirklich wählen, im Reich wie in Preußen, würde es nach den sie beherrschenden Anschauungen einfach nicht verstehen, wenn ihre Vertreter im preussischen Landtage nicht eine so überaus günstige Gelegenheit dazu benutzen wollten, der Landwirtschaft möglichst hohe Zölle zu sichern. Die preussische Regierung hat den großen Wert, den sie auf die Durchbringung der Kanalvorlage, namentlich des Mittellandkanals legt, durch die Wiedereinbringung hinreichend scharf betont. Die Agrarier können daraus schließen, daß sie geneigt sein wird, ihren Zollforderungen um so eher nachzugeben, und daß sich auch die Großindustriellen im Westen, die von dem Kanalbau besonders große Vorteile erwarten, um so eher zu dem Zugeständnis hoher Getreidezölle, womöglich durch Festlegung von Minimalätzen im neuen Generaltarif verstehen werden, je zäher sie die Bewilligung der Kanäle davon abhängig machen. Die neu vorgeschlagenen Kanalbauten, z. B. der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, können diesen taktischen Wert der Vorlage für die Agrarier nur erhöhen, und die außerdem gebotnen „Kompensationen“ werden, obgleich sie den beteiligten Grundbesitzern schon einen so beträchtlichen Kapitalgewinn ohne Gegenleistung versprechen — er kann auf 50 bis 60 Millionen geschätzt werden —, ihren Appetit nicht schwächen, sondern nur noch mehr reizen. Es ist nicht anders: die neue Kanalvorlage bedeutet eine Stärkung der agrarischen Mehrheit in dem bevorstehenden Kampf um den Zolltarif, und entsprechend eine Schwächung der Position der verbündeten Regierungen. Das weiß natürlich Graf Bülow ganz genau, und daß er es weiß, beweist seine Einführungsrede vom 9. Januar, in der er den bisherigen Kanalgegnern, d. h. der agrarischen Mehrheit, mit großer Liebenswürdigkeit die Hand zur Verständigung bot. Er hat darin sehr klug gehandelt und seiner Pflicht als preussischer Ministerpräsident und als Reichskanzler nur entsprochen.

Dem wo ist die Mehrheit im Volke, mit der er im Kampf gegen die Agrarier rechnen könnte? Wo ist vorläufig auch nur die Minderheit, von der

er hoffen könnte, daß sie sich zur rechten Zeit gegen „Zunkertum und Hochschutzoll“ zur Mehrheit auswachsen könnte? Ganz gewiß darf er sie nicht zu finden hoffen in dem wunderlichen Bündnis der spärlichen Reste der alten Manchesterorthodoxie und des bürgerlichen Radikalismus mit den Sozialdemokraten, um das die „Nation“ die Herren Bebel, Singer, Schippel und Genossen neuerdings fast kniefällig bittet. Auch abgesehen von der fraglichen Qualifikation der deutschen Sozialdemokratie zur deutschen Regierungspartei — wie ist es denn vorläufig um ihre Aussichten auf die Mehrheit in der Wählerschaft und im Reichstag bestellt? Mögen die sozialdemokratischen Führer den Arbeitermassen immer wieder vorreden, eigentlich hätten sie schon die Majorität im Volk, die Herren Barth und Brömel, Köfcke und Siemens sollten sich das doch nicht auch vorreden! Die Macht der „Zunker und Bauern“ im Osten und Norden, der Einfluß der „Pfaffen“ und der „Schlotharone“ im Süden und Westen, die Anhängerschaft der Mittelstandspolitiker und der Antisemiten in den Städten, sie bilden zusammen noch immer einen Heerhaufen, gegen den die radikale Linke, wenn es zur Entscheidung kommt, die Industriearbeiter noch lange nicht zum Siege in der Wahlschlacht führen wird. Es könnte gar nichts dümmeres geben, als wenn sich die sonst so klugen Herren freihändlerischen „Kommerzienräte“ und ihre volkswirtschaftlichen Berater einbildeten, durch das Aufgebot der Sozialdemokratie den handelspolitischen Entscheidungen des Jahres 1901 eine liberale Richtung geben zu können.

Freilich die „Nation“ wird darin wieder nur die Scheu sehen, „zu erkennen und zu bekennen, daß in dem einen, was not thut, die Niederzwingung des agrarischen Zunkertums und der gescheiterten wie der geschornen Orthodoxie alle Kinder der modernen Welt ohne jede Ausnahme natürliche Bundesgenossen sind,“ und sie wird unser Lachen über solche Phrasen als „blinden Wahn einer schier abergläubischen Furcht vor dem roten Gespenst“ erklären. Wir sind sehr weit entfernt von dieser Gespensterfurcht, wenn wir auch die zunehmende Verheerung der Arbeitermassen durch die Sozialdemokraten und ihre malkontenten jüdischen Gönner in den Großstädten nachgerade für unerträglich halten. Nicht die Furcht vor dem roten Gespenst, sondern die Furcht davor, daß die Kurzsichtigkeit und das Ungeschick der politischen Führer, die den deutschen Liberalismus seit Jahrzehnten immer mehr um allen Respekt beim Volk wie bei den Regierungen gebracht hat, auch in der ernstesten handelspolitischen Kampagne, die jetzt beginnt, der Reaktion mehr nützen als schaden werde, veranlaßt uns, die liberalen Freunde der Handelsvertragspolitik vor dem Wettkriechen um die Gunst der Sozialdemokratie zu warnen. Dem stehenden Mufe: „Schläfst du, Brutus?“ gegenüber, mit dem die „Nation“ jüngst die Sozialdemokraten apostrophierte, nimmt sich das Verhalten der „Genossen“ geradezu vornehm aus. Sie trauen den Offizieren ohne Armee, die sich in der „freien Vereinigung“ ihrer selbstgefälligen, beredsamen Ohnmacht freuen, nicht über den Weg; sie wollen ihre Armee nicht werden. Und ob wohl Barth und Brömel in Bebel und Singer

oder in Bollmar und Kautsky wirklich die zuverlässigen Feldherren sehen, durch die sie ihrem Liberalismus zum Siege verhelfen können? „Wadenstrümpfern“ die Kastanien aus dem Feuer zu holen, dazu sind die „Genossen“ denn doch viel zu klug und viel zu machtbewußt. Auch wenn man einen stürmischen Entrüstungsrummel gegen den „Brotwucher,“ der inszeniert werden soll, als durch die Anmaßung der Agrarier provoziert entschuldigen könnte, so wird man die Verhegung der Masse, worin er natürlich hauptsächlich bestehn wird, und weshalb er den „Genossen“ von Wert sein könnte, immer aufs tiefste beklagen müssen. Auch die parlamentarische Obstruktion, die, wie es scheint, immer ernsthafter ins Auge gefaßt wird, wäre sehr vom Übel. Die „Freie Vereinigung“ und der ganze bürgerliche Liberalismus würden schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie frivol den Sozialdemokraten die Hand dazu böten, obgleich mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden muß, daß der schwerste Vorwurf die Mehrheitsparteien treffen würde, wenn sie den Sonderinteressen einer Minderheit des Volks, der landwirtschaftlichen Grundbesitzer, dienstbar, durch übermäßig hohe Zölle die Handelsvertragspolitik zu vereiteln suchten und thatsächlich der Masse der Nichtbesitzenden die notwendigste Nahrung verteuerten. Was ehrlich konservativ denkt, und vor allem die Vertreter der Regierung werden alles aufbieten müssen, eine solche Herausforderung der Minderheit zu verhindern. Eine Änderung der Geschäftsordnung zur Lähmung der Minderheit ad hoc, das heißt, um den agrarischen Ansprüchen bequem zum Siege zu verhelfen, würde daran wenig ändern, sie würde erst recht verbittern und die Konservativen ins Unrecht setzen. Auch in dieser Beziehung ist die Aufgabe des Grafen Bülow sehr schwer und sehr verantwortlich.

Jeder Gedanke an die Befähigung der radikalen Linken zur Regierungspartei ist in dem monarchischen Preußen und im Reich mit seinen vielen Monarchen ohne weiteres Unsinn. So wenig der Igel sich zum Pferde herausmausern kann, so wenig mausert sich die Sozialdemokratie als Partei zum Träger der deutschen Reichspolitik im zwanzigsten Jahrhundert heraus. Wo ist also, so fragen wir nochmals, die zuverlässige Mehrheit, die die „Freie Vereinigung“ im Bunde mit der Sozialdemokratie den verbündeten Regierungen zur Durchführung einer liberalen Handelspolitik gegen die Agrarier auch nur von weitem in Aussicht stellen könnte? Graf Bülow muß die deutschen Landwirte für seine Politik zu gewinnen suchen, er muß hoffen und alles daran setzen, den Bann zu brechen, in den sie eine zwanzigjährige beispiellos schwere Krisis und eine fast ebenso lange und unerhört mächtige, geschickte und skrupellose Agitation geschlagen hat. Wer unsre Landwirte kennt, wird zugeben, daß die Aussicht auf Erfolg dabei mehr als tausendmal größer ist, als die, die Sozialdemokratie zur Regierungspartei zu machen. Wenn sich jetzt die Freunde einer liberalen Handelspolitik in Handel und Industrie zur Abwehr der agrarischen Übertreibungen und der Herrschsucht der industriellen Hochschutzzöllner in dem sogenannten „Handelsvertragsverein“ zusammenschließen wollen, so kann

man das nur mit Freuden begrüßen, und man muß nur beklagen, daß es nicht schon längst in wirksamer Weise geschehn ist. Aber wenn etwa auch dieser Verein seine Hoffnung auf sozialdemokratische Demonstrationen und Obstruktionen setzte, so würde er dem nationalökonomischen Liberalismus nur zu einer neuen Schlappe und Blamage verhelfen, die Landwirte erst recht der Reaktion in die Arme treiben und dem Grafen Bülow seine Aufgabe bis zur Unmöglichkeit erschweren.

In den bisherigen Ausführungen ist das industrielle Schutzöllnertum nur flüchtig gestreift worden. Seine Stellung zum Zolltarif, seine Gründe und Absichten sind noch immer und wohl nicht ohne Absicht in ein gewisses Dunkel gehüllt. Ob man sich im Reichsamt des Innern durch die Anhörung von so und so viel Fabrikanten darüber klar geworden ist, ob und wie durch eine allgemeine Verschärfung des Zollschutzes der deutschen Industrie selbst und unsrer Volkswirtschaft genützt werden kann, wissen wir nicht, hoffen aber, daß Graf Bülow gerade hierin klaren Wein von seinen Beratern verlangen wird, damit er sich selbst ein Urteil bilden kann. Er, nicht Graf Posadowsky, würde der Nation und den verbündeten Regierungen dafür verantwortlich sein, wenn sich schließlich die emsigen und bisher so sehr auf Lob bedachten „Vorarbeiten“ dieser Behörde als *opus operatum* erwiesen: als wertlos, wo es darauf ankommt, zum Wohl des Ganzen und für eine längere Dauer grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Von dem Nachweis eines größern Schutzbedürfnisses für unsre Industrie im allgemeinen hat man bisher nichts gesehen, und die industrielle Entwicklung der letzten fünf Jahre zwingt doch geradezu, dieses Bedürfnis ohne strikten Beweis zu bestreiten. Daß der „Zentralverband deutscher Industrieller“ ohne Beweis behauptet, das Schutzbedürfnis sei vorhanden, darf dem Grafen Bülow natürlich nicht genügen, ebenso wenig wie die Meinung der einzelnen im Reichsamt des Innern gehörten Interessenten. Daß man in den Verhandlungstarif höhere Zollsätze einfügt, um für ihre Herabsetzung Zugeständnisse vom Auslande einzutauschen, hat damit nichts zu thun und ist gewiß ganz in der Ordnung. Auch die Besorgnis vor einer zukünftigen Überschwemmung des deutschen Markts mit amerikanischen Industrieprodukten verdient Beachtung. Bis jetzt kann aber im Ernst davon noch nicht geredet werden. Das Verlangen der deutschen Großindustrie nach allgemeiner Zollerhöhung fordert deshalb geradezu den Verdacht eigenfächtiger Sonderinteressen heraus, die man geflissentlich bemänteln möchte. Die Rücksicht auf die Vertragsverhandlungen widerspricht einer offenen Aufklärung über diese allgemeine Frage in keiner Weise; es wäre zu wünschen, daß der „Handelsvertragsverein“ vor allem ihr, dem industriellen Schutzbedürfnis, seine Aufmerksamkeit zuwendete. Darin ist er sachverständiger als in den landwirtschaftlichen Fragen, auf denen er bisher hauptsächlich und ungeschickt herumgeritten ist.

Bisher sind die im Jahre 1901 der Lösung harrenden handels- und zollpolitischen Fragen vorwiegend in ihrem Verhältnis zu der innern wirtschaftlichen und politischen Lage betrachtet worden. Wenn nun noch die Ver-

hältnisse im Auslande, von denen die innere Lage und die Handelspolitik wesentlich abhängen, besprochen werden sollen, so mag im Übergang dazu auf einen Aufsatz Adolf Wagners<sup>\*)</sup> hingewiesen werden, worin das bekannte Problem vom „Agrar- und Industriestaat“ in besonders lehrreicher Weise beleuchtet wird. Er unterscheidet dabei „die durch die neuere Entwicklung des agrarischen Schutzzolls in Deutschland, Frankreich, Italien und andern Ländern heftig entbrannte Streitfrage, ob und wie weit gerade ein solcher Schutz Zoll notwendig, gerechtfertigt, oder umgekehrt vollends dieser bedenklich, verderblich, auch sozialpolitisch schädlich und schließlich nicht einmal wirksam sei“ — worüber wir bisher hauptsächlich zu einem Urteil zu gelangen versucht haben —, von der „neuen“ Frage, „ob nämlich die eingetretne und immer mehr sich vollziehende Entwicklung der dicht bevölkerten alten Kulturländer Europas aus Agrarstaaten zu Industriestaaten eine innerlich gesunde und besonders auch dauernd wohlthätige, ja überhaupt dauernd mögliche sei.“ Die zweite Frage ist, die uns hauptsächlich interessiert.

Für Adolf Wagner ist „die Bevölkerungsvermehrung der springende Punkt und das treibende Moment der Entwicklung in der angegebenen Richtung zum Industriestaat hin.“ Darin stimmt er mit den, wie er sagt, „optimistischen“ Vertretern dieser Entwicklung überein, gegen die Agrarier, die das Bevölkerungsmoment nicht ausreichend berücksichtigten. Von den „freihändlerischen Weltwirtschaftlern“ unterscheidet er sich aber dadurch, daß er in der Bevölkerungsvermehrung selbst, zumal einer so raschen, wie der deutschen im neunzehnten Jahrhundert, „nicht so unbedingt wie die meisten etwas durchaus Wünschenswertes und Segensreiches“ und sogar nichts „unbedingt Notwendiges“ sähe, das wir als eine feste, unabänderliche Thatsache hinnehmen müßten. Aus dieser starken Volksvermehrung seien die erhöhten wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die verschärften individuellen und klassenförmigen, sowie die nationalen wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe „wesentlich mit“ erwachsen, jedenfalls noch viel schärfer und bitterer geworden, seien auch die Erfolge der neuen Produktions- und Verkehrstechnik lange nicht in dem Maße zum Gemeingut geworden und besonders nicht den arbeitenden Klassen in dem Umfang zu gute gekommen — in Arbeitszeitverkürzungen, Lohnsteigerungen, verbesserter Lebenslage —, wie es bei langsamerer Volksvermehrung geschehn wäre. Die Thatsache der dennoch eingetretten wesentlichen Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen erkennt er als unbestreitbar an; aber diese Verbesserung wäre eben andernfalls noch bedeutender geworden.

Nähmen wir aber nun einmal die starke andauernde Volksvermehrung als Thatsache an, so stehe man vor dem Dilemma, daß man entweder die vermehrte Bevölkerung wesentlich in der Industrie beschäftigen, sie Fabrikate für die Ausfuhr herstellen und mit diesen die nötige vermehrte Einfuhr von fremden Nahrungsmitteln und Rohstoffen bezahlen lassen müsse; oder man

<sup>\*)</sup> Der Lotse, Hamburgische Wochenschrift für deutsche Kultur, 1900, Heft 7 u. 8.

müsse suchen, auch für diese vermehrte Bevölkerung die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe im Inlande zu gewinnen, darum auch einen größern Teil der Bevölkerung in der Agrarproduktion zu beschäftigen und festzuhalten, und die heimische Industrie mehr für den Absatz an die heimische agrarische Bevölkerung als für den Fabrikanteneport arbeiten zu lassen. Welcher Weg ist nun der bessere und gangbarere? Wagner weist die agrarische Annahme, daß sich die einheimische Nahrungsmittelproduktion einer fortgesetzt starken Volksvermehrung entsprechend steigern lasse, ganz entschieden zurück. Er kommt zu dem Schluß, daß bei einer Wirtschaftspolitik im Sinne der „nationalwirtschaftlichen Unabhängigkeit,“ wie sie die Agrarier wollen, entweder die Andauer einer starken Volksvermehrung nicht verbürgt werden könne, oder daß sich, wenn sie doch eintrete, die durchschnittliche Lebenslage verschlechtern müsse, d. h. daß Malthus Recht behalte. Auf der andern Seite zieht er die Verteidiger des Industriestaats bei ihrer Argumentation gegen die Isolierungspolitik des Irrtums oder doch des leichtfertigen Optimismus nach zwei Richtungen hin. Sie unterschätzten erstens die politischen und die sozialen Nachteile des Vorwiegens der Industrie über den Ackerbau, zweitens die zunehmenden Schwierigkeiten, die der immer nötiger werdenden Ausfuhr an Industrieprodukten erwachsen müßten. Der zweite Einwand kommt hier besonders in Betracht.

Wagner giebt zu, daß sich unsre Volkswirtschaft besser dabei stehn würde, wenn es uns gelänge, jederzeit sicher wohlfeile Rohstoffe beim Auslande gegen gutbezahlte heimische Produkte auszutauschen, als wenn wir uns darauf kaprizierten, alles, was wir an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die auch bei uns produziert werden könnten, aus dem Auslande beziehen, mit höhern Kosten und unter ungünstigern Bedingungen ganz auf heimischem Boden zu gewinnen. Wir würden uns bei der Einfuhr auch dann besser stehn, wenn z. B. die notwendigen und doch so enorm schwierigen Änderungen der Agrarverfassung, Einführung von Bauernwirtschaften mittlerer und kleinerer Betriebsgrößen an Stelle von Großgrundbesitz und Großbetrieben auf dem Lande gelänge, wenn die Landwirtschaft große technische Fortschritte machte, sich in richtiger, den Umständen angepaßter Weise intensiver Kultur ausdehnte, wenn sich der Getreidebau zu Gunsten andrer Kulturen verminderte usw. Aber der Absatz unsrer Fabrikate im Ausland zu lohnenden Preisen sei eben auf die Dauer nicht sicher — kurz: „Die Chancen der industriellen und der weltwirtschaftlichen Entwicklung sind prekärer, als jene optimistische Auffassung voraussetzt und voraussetzen muß.“ Das bestimme ihn, einen „genügenden agrarischen Schutz, auch einen höhern als den gegenwärtigen, im nationalen Gesamtinteresse zu vertreten, auch wenn dadurch die Industriestaatentwicklung — nicht völlig gehemmt, wohl aber zu allseitigem Vorteil der Arbeiter und der deutschen Volkswirtschaft —, vielleicht auch die Volksvermehrung verlangsamt“ werde.

So sehr wir grundsätzlich und theoretisch diese Kritik der freihändlerischen Argumente als berechtigt anerkennen, so können wir doch den Schluß, den Wagner aus dem Ganzen zieht, nicht für berechtigt halten. Ja wenn ein

Nationalökonom von der Richtung, Entschiedenheit und Bedeutung des Systemikers Wagner nur zu diesem Endurteil gelangt und es so begründet, so müssen die Bedenken gegen den „höhern“ Agrarschutz in dem zur Zeit in Vorbereitung stehenden Zolltarif eher verschärft als gemildert werden. Wenn seine in der Hauptsache theoretisch unangreifbaren Ausführungen zu einem für die heutige Praxis ausschlaggebenden Schluß führten, so müßte dieser doch eigentlich dahin formuliert werden, daß der „höhere“ Agrarschutz verlangt werde, weil dadurch die Industrieentwicklung, vielleicht auch die Volksvermehrung verlangsamt würden, nicht aber: „wenn auch,“ d. h. obgleich dieser Erfolg zu erwarten sei. Alles beruht doch auf dem Haupt- und Fundamentalsatz und läuft auf das *Ceterum censeo* hinaus: „Malthus hat Recht.“ Wenn wir in dem bisherigen Tempo der Volksvermehrung verharren, wenn wir uns nicht entschließen, ihr durch Gesetz und Sitte „präventiv“ Einhalt zu thun, so hilft uns schließlich nach Wagner doch alles nichts. Auf dem Wege des Industriestaats wie auf dem des Agrarstaats verfallen wir dann der Verelendung, vor der Malthus zu warnen „Recht hat.“ Aber daß der Agrarstaat und der ihm dienstbare höhere Agrarschutz die Galgenfrist, die uns übrig ist, wenn die Volksvermehrung so fortgeht, auch nur um einen Tag mehr verlängern könnte als der Industriestaat, dafür ist auch nicht der Schein eines Beweises erbracht; und darauf kam es an.

Wahrscheinlich ist es doch, daß die schon dicht bevölkerten Staaten durch nationalwirtschaftliche Isolierung eher bei dem Elend, das Malthus an die Wand malt, anlangen müssen, als bei verständigem Anschluß an die Weltwirtschaft. Die Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen der Welt sind doch immer noch erst zum Teil schon erschlossen. Sie können vielleicht noch jahrhundertlang — um es recht vorsichtig auszudrücken — einer stark wachsenden Bevölkerung der Erde auch bei steigender Lebenshaltung genügen, während einzelne Völker und gerade die altkultivierten und in mehrfachem Sinne auch noch immer die mächtigsten schon Zufuhren vom Ausland brauchen. Das zwingt die Westeuropäer in die Weltwirtschaft hinein, mag ihnen vorläufig bequem oder unbequem sein, und das begründet für sie schließlich ein solidarisches Interesse am „Freihandel,“ mag das Wort heute auch noch so verpönt sein oder gar nicht mehr verstanden werden. Zunächst folgen sie noch der aus mancherlei Gründen erklärbaren Neigung, in ihrer sogenannten „wirtschaftlichen Unabhängigkeit“ mit immer höhern Schutzzollmauern zu verharren, ohne der Volksvermehrung vorzubeugen. Die „neuen“ Staaten, Nordamerika, die britischen Kolonien in Australien, auch Rußland, die die weiten unerschöpften und unerschlossenen Futterplätze „besitzen,“ d. h. sie in natura oder auf der Karte mit politischen Grenzlinien eingefast haben, glauben zunächst klug und weise daran zu thun, wenn sie ängstlich darüber wachen, die hungrigen alten Völker nicht an die Vorräte heranzulassen. Sind diese Bestrebungen aber auf die Dauer haltbar? Müssen sie nicht über kurz oder lang im Guten oder Bösen ein Ende nehmen, eben weil Westeuropa schon so dicht bevölkert ist, und gerade

weil „Malthus Recht hat“? Ist es wirklich so ganz unverständlich, in der so verschiedenen Volksdichte des so gut wie ganz aufgeteilten Erdbodens und der noch verschiednern Verteilung der Nahrungsmittel- und Rohstoffvorräte — die noch zu erschließenden Quellen eingerechnet — das zwingendste Argument für den Freihandel zu sehen?

Kein Mensch, der ernstlich nachdenkt, wird das Wahre in dem Wagner-Oldenbergschen Hinweis auf die sehr ernste Bedeutung der Erstarkung eigener Industrien, sogar Exportindustrien in einer Reihe von Ländern, die für uns und das übrige Westeuropa noch ein lohnender Ausfuhrmarkt sind, verkennen, oder die Gefahr, die in dem weitern Überhandnehmen der Absperrungspolitik in diesen Ländern für unsern Export liegt, unterschätzen. Wer die Handelskammerberichte seit zwanzig Jahren, auch die seit Abschluß der bestehenden Handelsverträge erschienenen, in die Hand nimmt, sieht, daß unsre Exporteure schon lange nicht blind dafür gewesen sind, und daß sie schon lange den immer schwerer werdenden Konkurrenzkampf auf den Auslandsmärkten am eignen Leibe empfunden haben. Trotzdem ist unser Anteil an dem Weltgeschäft ganz riesig gewachsen, und der Reichtum der Nation in früher nicht erlebter Weise dadurch vermehrt worden. Und ganz entschieden nicht zum Schaden der arbeitenden Klassen, zum Schaden einer erwünschten Einkommensverteilung. Es wäre freilich ein ungerechtfertigter Optimismus, deshalb behaupten zu wollen, daß das nicht auch einmal anders werden könnte. Wir sind ihm in den Berichten der praktischen Geschäftsleute so gut wie nie begegnet. Wenn die Freihandelsdoktrinäre ihm huldigen, so zieht sie Wagner mit Recht des Irrtums. Aber unsre Kaufleute und Industriellen haben doch auch Recht, wegen der in der Zukunft liegenden dunkeln Möglichkeiten nicht heute schon die Hoffnung aufzugeben, daß sie auch noch weiter die wachsende Schwierigkeit überwinden können, wie sie sie bisher überwunden haben. Die greifbaren Thatfachen der Vergangenheit und der Gegenwart haben doch auch ihre Bedeutung gegenüber den Möglichkeiten, ja den Wahrscheinlichkeiten — soweit davon schon geredet werden kann — einer mehr oder weniger fernen Zukunft. Unsre bisherige Entwicklung zum Industriestaat hat sich denn doch nicht so schlecht bewährt, daß man sie ohne Beweis der Notwendigkeit schon jetzt lähmen und zurückschrauben müßte, wenn auch auf Kosten der Volksvermehrung. Wir haben einen industriellen Aufschwung erlebt, so stark und vor allem so lang andauernd wie noch nie. Wir haben es erlebt, daß, obgleich Malthus Recht hat, und Deutschlands Volksdichtigkeit nicht nur Pessimisten besorgt macht, der Glasgower Tille auch Recht hatte, wenn er für das Deutsche Reich vor etwa einem Jahre für die nächste Zukunft die Parole ausgab: Mehr Deutsche! — statt Hemmung der Volksvermehrung.

Vergleicht man damit die Entwicklung der Landwirtschaft, so muß einem trotz aller Vorliebe für die Geräumigkeit und Behäbigkeit des Landlebens der Zweifel an ihrer gegenwärtigen Befähigung, den Bevölkerungszuwachs besser zu versorgen als die Industrie, verziehen werden. Wagner selbst freut sich

darüber, daß Diezel für seine der agrarischen Auffassung antagonistische, der industriestaatlichen Entwicklung sympathische Ansicht auf die beiden großen „Gesetze“ der Nationalökonomie vom (relativ) „abnehmenden Ertrage“ der Bodenproduktion mit vermehrter Kapital- und Arbeitsverwendung und vom (relativ) „zunehmenden Ertrage“ der industriellen Produktion zurückkomme; er habe das selbst schon früher hervorgehoben. Aber mit keinem Wort berücksichtigt er die von Conrad mit vollem Recht in den Vordergrund geschobne Tatsache — die doch auch Thiel, wie wir sahen, anerkennt —, daß der Hauptfehler heute in den unnatürlich hohen Bodenpreisen, diesen zum guten Teil rein „fiktiven“ Werten, liegt, die durch die weitere Erhöhung des Agrarschutzes noch gesteigert werden müssen. Gerade in der Differenz zwischen Güterpreisen und Ertragswert und in der nationalökonomischen Absicht, sie durch dauernde Getreidezölle zu beseitigen, dokumentiert sich die Nichtachtung des Gesetzes vom „abnehmenden Ertrage“ in der Landwirtschaft. Solange dieser nationalökonomische Unsin, diese nationalökonomische Kapitalvergeudung aufrecht erhalten wird, wird die deutsche Landwirtschaft unfähig bleiben, den sozial und politisch wünschenswerten Teil der Bevölkerung angemessen zu ernähren und das Deutsche Reich für seine weltpolitische Mission stärker zu machen, ja hinreichend stark zu erhalten, denn wir brauchen mehr Menschen und mehr Geld.

Ein starkes Deutsches Reich als Vormacht des Freihandels in der Welt haben wir gewünscht. Wir werden bei der Besprechung unsrer handelspolitischen Stellung zum Auslande auf diese weltpolitische Mission noch zurückkommen müssen. Sowohl die Theorie von den drei — oder vier, oder gar fünf — Weltreichen, die seit fünfzehn Jahren und länger eine bescheidene Rolle gespielt hat, neuerdings aber zu einer auch für unsre praktische Handels- und Zollpolitik bestimmenden Doktrin aufgebauscht werden zu sollen scheint, wie auch das damit zusammenhängende Wiederauftauchen des Verlangens nach einem mitteleuropäischen Zollbündnis wird dazu Gelegenheit geben. Mag diese Theorie ganz oder halb oder gar nicht berechtigt sein, und mag dieses Verlangen heute am Platze sein oder nicht, jedenfalls scheint uns, obgleich Malthus „Recht hat,“ die weltpolitische Kraft, die das Deutsche Reich braucht, um seine Mission im nationalen Interesse zu erfüllen, vor allem auf der starken Volkszahl und Volksvermehrung zu beruhen, aber auch auf dem Vorhandensein und dem raschen Wachstum des deutschen „mobilen“ Kapitals. Deshalb vermögen wir uns zur Zeit für die Lähmung des Auslandsverkehrs und der Exportindustrie und für eine durch Zölle verführte Rückwärtsbewegung auf den Agrarstaat hin ganz und gar nicht zu erwärmen.

(Schluß folgt)

